



vertraulich

Fraktion DIE LINKE.  
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden  
Herrn Stadtrat Tilo Kießling

Landeshauptstadt Dresden  
Geschäftsbereich Finanzen,  
Personal und Recht  
GZ: (GB 1) 20 6

Datum: 26. JUNI 2020

**Budgetvorgaben für den nächsten Haushalt  
mAF0025/20**

Sehr geehrter Herr Kießling,

Ihre oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 14. Mai 2020 beantwortete ich wie folgt:

**„Sind nach den Budgetvorgaben für die Erstellung des Haushaltes 2021/2022 im Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen Verbesserungen in der Ausstattung des Gesundheitsamtes nur zu Lasten des Sozialamtes möglich oder wurden die Budgetvorgaben bereits vorher an die erhöhten Anforderungen des Gesundheitsamtes angepasst?“**

Die Budgetvorgabe erfolgt grundsätzlich auf Ebene der Geschäftsbereiche. Die Budgetverantwortung und Untersetzung für die Ämter obliegt den Geschäftsbereichen. Die Untersetzung der Budgetvorgaben erfolgte verwaltungsintern bis 20. Mai 2020. Anschließend wurden die im Rahmen der Budgetuntersetzung eingeordneten und ggf. nicht eingeordneten Aufgaben und Projekte am Tisch des Oberbürgermeisters beraten und abschließend Prioritäten gesetzt. Auf dieser Basis wird der Verwaltungsentwurf erstellt und den Stadträten zur Beratung übergeben. Vorher können und werden keine Informationen über verwaltungsinterne Arbeitsstände öffentlich kommuniziert.

**Ihre Nachfrage im Stadtrat am 14. Mai 2020:**

**„Eine Nachfrage und Sie haben ja an meiner Einführung bemerkt, dass es mir weniger um die konkrete Frage geht, sondern um die Struktur unserer Haushaltsdebatte. Und ich habe diese technische Antwort natürlich erwartet. Meine Vermutung ist, dass die aktuelle Situation, die im aktuellen Haushalt extrem krisenhaft zu werden scheint, diese Haushaltsdebatte anders anzufassen ist in dieser Situation. Und deswegen eine Frage. Können Sie sich vorstellen, dass anstatt der dem Stadtrat ja auf eine frühere Initiative, auch von mir, mitgeteilten Mehrbedarfslisten aus den einzelnen Ämtern, wo uns aufgeschrieben wird:**

Das ist unsere Budgetvorgabe und da und da und da brauchen wir mehr und der Stadtrat weiß es dann und kann darüber reden – jetzt eine Folgeabschätzung des erwarteten Haushaltseinbruchs mitgeliefert wird, die uns dann nämlich wesentlich genauer über die Frage diskutieren lässt, wo wollen wir denn welche Folgen in Kauf nehmen oder wollen wir sie überhaupt in Kauf nehmen.“

Im normalen Haushaltsprozess werden die Budgetvorgaben an die Ämter eigentlich nicht öffentlich diskutiert, da diese lediglich ein internes technisches Instrument darstellen. Wir haben uns jedoch diesmal entschlossen das anders zu handhaben, um damit zeitgleich erste Aussagen zu den finanziellen Folgen der Corona-Krise – der größten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – verbunden mit den Ergebnissen der Steuerschätzung kommunizieren zu können.

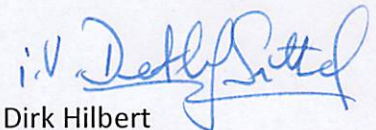
In die Beratungen der kommenden Wochen werden immer wieder aktuelle Ergebnisse einfließen, die das Bild vervollständigen werden. Die Verwaltung möchte sich jedoch bewusst an bewährte Ablaufstrukturen halten, weil dies es uns ermöglicht, pünktlich Ende diesen oder zu Beginn des nächsten Jahres, einen Haushalt vorlegen zu können. Um die Investitionskraft unserer Stadt aufrechtzuerhalten, bedarf es eines beschlossenen Haushaltes. Und wir werden mit den Hilfen des Bundes und des Freistaates dafür einen gangbaren Weg finden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Lames  
Beigeordneter für Finanzen, Personal und Recht

Kenntnisnahme:



Dirk Hilbert  
Oberbürgermeister

**Detlef Sittel**  
Erster Bürgermeister